

MITTWOCH, 21. JULI 2004

Neuer Anlauf für legales Kiffen

VOLKSINITIATIVE Der Kampf um die Legalisierung von Cannabis geht weiter. Nur sieben Wochen nachdem die Revision des Betäubungsmittelgesetzes im Nationalrat gescheitert ist, hat gestern in Bern ein Komitee begonnen, Unterschriften für eine Volksinitiative für das straffreie Kiffen zu sammeln. Die Initiative des Komitees «Pro Jugendschutz gegen Drogenkriminalität» fordert, dass der Konsum von Cannabis sowie der Besitz und der Erwerb für den Eigenbedarf straffrei werden. Zudem fordert der Initiativtext ein Werbeverbot für Cannabis. Der Bund solle mit geeigneten Massnahmen sicherstellen, dass dem Jugendschutz «angemessen Rechnung getragen wird».

Unterstützt wird die Initiative von Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus allen vier Bundesratsparteien. Von den bürgerlichen Parteien, die im Nationalrat mehrheitlich gegen die Revision stimmten, sind beispielsweise die FDP-Nationalräte Ruedi Noser (ZH) und Marianne Kleiner (AR) oder CVP-Ständerat Theo Maissen (GR) vertreten. Präsiert wird das Komitee von Nationalrätin Christa Markwalder Bär (fdp, BE) und Nationalrat Geri Müller (grüne, AG).

Die derzeit herrschenden Zustände seien unhaltbar. «Eine Politik der Prohibition hat stets das Gegenteil dessen bewirkt, was sie zu erreichen vorgab», sagte Nationalrat Claude Janiak (sp, BL) an der gestrigen Medienkonferenz. Es sei trügerisch zu glauben, mit dem Strafrecht liessen sich gesellschaftspolitische Probleme lösen.

Die benötigten 100 000 Unterschriften sollen diesen Sommer in Rekordzeit gesammelt werden. Das Komitee möchte damit klar aufzeigen, dass «der Nationalrat gegen einen schönen Teil der Bevölkerung politisiert hat». (ap/sda)

KURZ

Hubacher nimmt PR-Job an

EDA Der frühere Informationschef von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Simon Hubacher, wechselt in die PR-Branche. Bei der Zürcher Agentur Peter Bütikofer & Company löst er den früheren CVP-Generalsekretär Hilmar Gernet als Leiter des Bereichs Public Affairs ab. (ap)

Preis für Schweizer Forscher

RUDDOLF HERREN Die Schweiz hat den Insektenforscher Rudolf Herren für den Uno-Umweltpreis «Champions of the Earth» nominiert. Herren engagiert sich seit Jahren für die biologische Schädlingsbekämpfung und die ländliche Bevölkerung in Afrika. Der Walliser lebt und forscht seit über 20 Jahren in Entwicklungsländern. Seit 1994 leitet er das Internationale Institut für Insektenforschung in Nairobi. Herren ist zudem der erste Schweizer, der mit dem Welternährungspreis ausgezeichnet wurde. (sda)

Salamin neu in Budapest

DIPLOMATIE Der Bundesrat hat Marc-André Salamin zum neuen Botschafter in Ungarn ernannt. Salamin tritt Anfang Oktober die Nachfolge von Rudolf Weiersmüller an, der in den Ruhestand tritt. Zum neuen Schweizer Botschafter in Vietnam ernannte der Bundesrat Bénédict de Cerjat. Er tritt sein neues Amt Anfang September an und ersetzt dort Thomas Feller. Dies teilt das Departement für auswärtige Angelegenheiten gestern mit. (sda)

Schweizer marschieren mit

NIJMWEGEN NL Rund 200 Angehörige der Schweizer Armee starten heute Mittwoch zum «Vierdaagse», der inoffiziellen Weltmeisterschaft der Marschierer in den Niederlanden. Der bereits zum 88. Mal ausgetragene internationale Vier-Tages-Marsch von Nijmegen führt über vier mal 40 Kilometer und gilt mit 47 000 Teilnehmern und mehr als einer Million Zuschauern als grösster Marsch-Event der Welt. (sda)

Widerstand gegen Blocher

Die Verschärfungen des Asylgesetzes finden kaum Unterstützung – ausser in der SVP

Mit einem Blitzverfahren will Justizminister Christoph Blocher zusätzliche Verschärfungen in die laufende Asylgesetzrevision einbauen. Nun wird Kritik laut und formiert sich breiter Widerstand.

YVONNE LEIBUNDGUT

Kurz vor den Sommerferien des Bundesrats schickte Justizminister Christoph Blocher Vorschläge für zusätzliche Verschärfungen der Asylgesetzrevision in die Vernehmlassung. Ende dieses Monats soll diese Kurzvernehmlassung bereits abgeschlossen werden. Denn der Justizminister will seine neuen Vorschläge zusammen mit der laufenden, vom Nationalrat bereits diskutierten Revision des Asylgesetzes in der Herbstsession vom Ständerat behandeln lassen. Nun aber wird Kritik laut gegen die Verschärfungen und das Vorgehen des Justizministers. Gestern trat eine breite Koalition von Vertretern der Hilfswerke und der Landeskirchen an die Öffentlichkeit. Und auch in den Kantonen und bei den politischen Parteien formiert sich der Widerstand.

Es hat zwar Tradition, dass sich die Hilfswerke und die Landeskirchen gegen mögliche Verschärfungen im Asylgesetz zur Wehr setzen. Doch die Koalition von Vertretern der Hilfswerke und der Landeskirchen, die sich gestern zur aktuellen Vernehmlassung äusserte, war aussergewöhnlich breit. So nahm zum Beispiel auch das Schweizerische Rote Kreuz Stellung, das sich sonst nicht zu politischen Fragen äussert. Vertreter aller Organisationen kritisierten, Blochers Pläne seien teilweise völkerrechtswidrig und bräuchten die humanitäre Tradition der Schweiz in Gefahr.

Jürg Schertenleib von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) sprach von einer «neuen Qualität» von Verschärfungen. So sei es das erste Mal, dass Vorschläge in die Vernehmlassung geschickt würden, bei denen offensichtlich nicht geprüft worden sei, ob sie der Genfer Flüchtlingskonvention oder der Europäischen Menschenrechtskonvention genügen. Nicht abgeklärt worden sei zudem, ob die neuen Verschärfungen EU-kompatibel seien.

Parteien sind skeptisch

Auch bei den politischen Parteien – mit Ausnahme von Blochers SVP, welche die Stossrichtung der Vorschläge begrüsst – gibt man

sich in dieser Frage skeptisch. Vor allem die Einführung der so genannten «Durchsetzungshaft» (siehe Kasten) sei rechtlich bedenklich, heisst es in den Parteizentralen der FDP, der CVP und der SP. Während jedoch die Freisinnigen begrüssen, dass «Blocher einige unserer Ideen aufnimmt», wie zum Beispiel die Verlängerung der Ausschaffungshaft von 9 Monaten auf 12 Monate, setzen sowohl die SP wie auch die CVP Fragezeichen hinter verschiedene andere Forderungen: so vor allem zur Ausweitung des Sozialhilfestopps oder zur rechtlichen Schlechterstellung Papierloser.

Kosten wurden nicht berechnet

Doch nicht nur inhaltlich erntet Blocher Kritik. Auch das Vorgehen stösst auf breite Ablehnung. So haben vor allem die Kantone, die zur Vernehmlassung eingeladen wurden, kaum die Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben. Dieser Punkt wurde von mehreren Kantonsregierungen bereits kritisiert. Während der Sommerferien, in denen keine ordentlichen Sitzungen stattfinden, sei es praktisch unmöglich, eine Vernehmlassungsantwort in so kurzer Zeit abzugeben, erklärten sie. Aus diesem Grund schickte der Berner Regierungsrat einen Brief an Bundesrat Blocher mit der Bitte, die Vernehmlassung, die Ende Juli abläuft, um eine Woche zu verlängern. So hätte er wenigstens die Möglichkeit, an einer ordentlichen Sitzung über die Vorschläge zu befinden. Eine Antwort auf diese Bitte hat der Kanton bis gestern noch nicht erhalten.

Aber auch die Parteien haben wenig Zeit, ihre Positionen darzulegen, denn sie wurden erst nachträglich zur Vernehmlassung eingeladen. Vor allem die SP und die CVP erklären, das angeschlagene Tempo werde der Sache nicht gerecht. Kritisiert wird auch, dass Blocher den Einfluss von Schengen/Dublin nicht zur Sprache bringe.

Ausserdem ist die Skepsis bei der SP, der CVP, der FDP und den Hilfswerken gross, ob mit den neu vorgeschlagenen Vollzugsproblemen gelöst sind und letztlich auch noch Geld gespart werden kann, wie das Bundesrat Blocher vorgibt. So sagt zum Beispiel Pressesprecherin Beatrice Wertli von der CVP: «Blochers Vorschläge lösen die anstehenden Probleme nicht.» Und der Sprecher der Freisinnigen Partei, Christian Weber, erklärt: «Gerade eine Neuerung wie die Durchsetzungshaft könnte immense Kosten auslösen.»



Zu schnell, zu wenig fundiert: Justizminister Blocher erntet Kritik. KEY

BLOCHERS ASYLVERSCHÄRFUNGEN

Ausgedehnter Sozialhilfestopp

Seit April dieses Jahres erhalten Asylbewerber, auf deren Gesuche nicht eingetreten wird, keine Sozialhilfe mehr. Neu sollen auch jene Personen von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden, deren Gesuche geprüft, aber abgelehnt wurden.

Längere Ausschaffungshaft

Abgewiesene Flüchtlinge sollen zum Vollzug der Rückschaffung länger in Haft genommen werden können. Die Vorbereitungschaft soll von 3 auf 6 Monate verlängert werden (wie vom Nationalrat bereits beschlossen) und die Ausschaffungshaft von 9 auf 12 Monate (somit neu insgesamt 18 statt 12 Monate).

Neue «Durchsetzungshaft»

Nebst der Vorbereitungs- und der Ausschaffungshaft soll neu eine so genannte Durchsetzungshaft zur «Erzwingung der Ausreisepflicht» eingeführt werden. Diese soll zeitlich unbefristet sein und monatlich überprüft werden müssen.

Strenger mit Papierlosen

Die 1998 eingeführte Papierlosen-Bestimmung wird verschärft. Asylbewerber müssen sich innert 48 Stunden ausweisen können, sonst wird auf ihr Asylgesuch nicht eingetreten. Als Ausweise werden nur noch «Reise- und Identitätspapiere» akzeptiert; Geburtsurkunden oder Fahrausweise sollen nicht mehr genügen.

Keine humanitäre Aufnahme

Die vom Nationalrat im Mai beschlossene rechtliche Besserstellung jener Personen, die nicht Asyl erhalten, aber aus völkerrechtlichen Gründen nicht zurückgeschickt werden können, soll weitgehend rückgängig gemacht werden. Die Besserstellung wird an das Vorliegen von Papieren gebunden. Die «Unzumutbarkeit» der Rückkehr soll nicht zur Besserstellung berechnen, sondern nur die «Existenzgefährdung». Damit sind Kranke oder unbegleitete Minderjährige davon ausgeschlossen. (soh)

Dreimal mehr Kokain

Rekordmenge Drogen an der Grenze beschlagnahmt

Das Grenzschutzkorps (GWK) hat im ersten Semester 2004 überraschend viele harte Drogen beschlagnahmt. Mit 147 Kilogramm Kokain wurde der Vorjahreswert fast verdreifacht. Fast verdoppelt hat sich mit 64 Kilo die Heroindosis. Mit Besorgnis wird die steigende Gewalt vor allem in den Räumen Basel und Genf beobachtet.

Nach stabilen Kokain- und Heroinmengen in den letzten Jahren sei im ersten Semester 2004 ein «Quantensprung» erfolgt, teilten die Behörden am Dienstag mit. Grenzschutzkorps und Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) stellten 147 Kilogramm Kokain sicher, verglichen mit 46 Kilogramm im entsprechenden Vorjahreszeitraum und rund 140 Kilogramm im ganzen Jahr 2003. Dazu wurden 64 Kilogramm Heroin beschlagnahmt, verglichen mit 35 Kilogramm im ersten Semester des

Vorjahres und rund 100 Kilogramm im ganzen Jahr. Allein das GWK deckte über 1400 Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz auf.

Die vermehrten Erfolge gegen die schwere grenzüberschreitende Drogenkriminalität werden vor allem auf die professionelle Arbeit und die intensive Zusammenarbeit mit den in- und ausländischen Partnerbehörden zurückgeführt. GWK-Sprecher Andrejas Marijan räumte ein, dass im Berichtszeitraum einige besondere Fänge gelungen seien. Ob der Trend anhalten, sei vorerst schwierig zu sagen. Das Resultat belege aber sicher auch die steigende Beliebtheit des Kokains in Westeuropa.

Anlass zur Sorge gibt laut GWK die weiter steigende Gewaltbereitschaft gegenüber dem Grenzschutzpersonal, vor allem in den Räumen Basel und Genf. (ap)

Breite Frauen-Allianz für Erwerbsersatz

MUTTERSCHAFT Politikerinnen aller Parteien wollen der Mutterschaftsversicherung zum Durchbruch verhelfen. Sie haben gestern in einem Berner Spielwarenladen den Abstimmungskampf eröffnet. Mit von der Partie waren auch Mitglieder der SVP, obschon die SVP-Frauen wie auch ihre Mutterpartei sich von der Vorlage distanzieren.

«Immer mehr junge Paare verzichten auf Kinder, weil Beruf und Familie kaum unter einen Hut zu bringen sind», sagte die Genfer Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi. Junge Familien fühlten sich zunehmend im Stich gelassen. Ein Ja am 26. September zeige solchen Familien, das die Gesellschaft bereit sei, ihre Verantwortung und Belastung mitzutragen.

«Es darf nicht sein, dass das berechnete Anliegen eines Erwerbsersatzes bei Mutterschaft erneut Schiffbruch erleidet», sagte die

Berner SVP-Nationalrätin Ursula Haller. Es gebe schlichtweg keine Gründe mehr, diese Vorlage abzulehnen, denn sie sei schlank, gerecht und finanzierbar.

«Es geht am 26. September um das Kind», sagte die Glarner Regierungsrätin und Präsidentin der FDP-Frauen, Marianne Dürst-Kundert, zum aussergewöhnlichen Ort der Pressekonferenz. Mit der Einführung des Mutterschaftsurlaubs würden wichtige Rahmenbedingungen zu Gunsten der besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit geschaffen.

Die SVP-Frauen riefen ihrerseits gestern in einem Communiqué in Erinnerung, dass sie sich gegen die Vorlage ausgesprochen hatten. Durch die neue Versicherung werde noch die letzte volle Kasse des Bundes geplündert. Zudem gefährde die Versicherung das Wirtschaftswachstum. (ap/sda)

KOMMENTAR

Unseriöser Asyl-Express

JÜRIG SOHM

Flüchtlingshilfe und Amnesty International, Rotes Kreuz und Arbeiterhilfswerk, Caritas und Heks, Bischöfe und Evangelischer Kirchenbund, Israelitischer Gemeindebund und Verband Jüdischer Fürsorgen – es ist eine eindruckliche Allianz, die sich gestern in der Französischen Kirche in Bern versammelt hat. An symbolträchtiger Stätte – die Bernburger gewährten hier den Hugenotten-Flüchtlingen einst Obdach – warnten Hilfswerke und Kirchen davor, die jahrhundertalte humanitäre Tradition aufs Spiel zu setzen. Gemeinsam sagen sie «entschieden Nein» zu den Verschärfungsabsichten im Asylwesen, die Bundesrat Blocher kurz vor den Sommerferien lanciert hat.

Kirchen und Hilfswerke haben in der Vergangenheit praktisch jede Asylrechtsverschärfung kritisiert – kaum je aber in derart breitem Schulterschluss. Die Allianz kann denn auch nicht einfach als Gutmenschen-Betroffenheit, die keine noch so geringe Verschärfung zulässt, abgetan werden. Vielmehr ist Blochers Vorgehen in der Tat ein Coup, der den Rechtsstaat empfindlich strapaziert.

Das zeigt die nun laufende Express-«Vernehmlassung»: Die zur Stellungnahme eingeladenen Regierungsräte in den Kantonen sind in den Ferien und werden es mehrheitlich auch noch sein, wenn die Eingabefrist nächste Woche abläuft. Die nationalen Parteien wussten lange nicht einmal, ob ihre Antworten überhaupt gefragt sind. Und die in aller Eile verschickten Unterlagen beantworten so grundlegende Fragen nicht wie die, ob die Massnahmen völkerrechtskonform sind und was sie kosten.

Bei Verschärfungen wie die zur Diskussion stehende unbeschränkt lange Ausschaffungshaft ist dies unverantwortlich. Statt dass Blocher heikle Rechtsfragen gründlich klären lässt, versucht er, möglichst viele SVP-Verschärfungen in die laufende Asylrevision hineinzuquetschen. Blocher setzt sich dem Verdacht aus, dass es ihm weniger um die Sache geht als darum, seine Partei zufrieden zu stellen.

Der Bundesrat darf Blochers Verschärfungsexpress nach den Ferien nicht ungebremst durchwinken. Und für FDP und CVP ist es an der Zeit, sich in der Asylpolitik wieder aus dem Schlepptau der SVP zu lösen. Die Angst vor einer nächsten Asylinitiative im Nacken, haben die Mitteparteien zu lange zu allem bloss genickt, was von rechts gefordert wurde.

RhB testet Personal

ALKOHOL Die Rhätische Bahn hat letzte Woche das Betriebspersonal der Bahnhöfe St. Moritz und Samedan einem Alkoholtest unterzogen. Die Tests, denen sich insgesamt 24 Angestellte unterziehen mussten und die ausnahmslos negativ ausgefallen sind, seien angeordnet worden, «weil es um die Sicherheit geht», sagte Härtli zu einem Bericht Schweizer Radio DRS vom Dienstag. Er bestätigte, zwei Kaderleute hätten persönlich das gerade im Dienst stehende Personal ins Röhrcen blasen lassen.

Die Eisenbahngewerkschaft (SEV) legt Protest ein. Flächendeckende Kontrollen seien «nicht haltbar». Gegen das Testen einzelner Mitarbeiter bei begründetem Verdacht sei nichts einzuwenden.

Peter Völlmer, Direktor des Verkehrs öffentlichen Verkehr (VöV), befürwortet die Massnahme der RhB. Das Stationspersonal trage eine grosse Verantwortung, sei es doch für Signalgebung und die Freigabe von Strecken zuständig. (sda)